



Selk_V_2020

Revolte von rechts. Der Aufstieg des Retropopulismus als Reaktion auf gegenwärtige Demokratieprobleme

Veith Selk

„Revolte von rechts. Der Aufstieg des Retropopulismus als Reaktion auf gegenwärtige Demokratieprobleme“, in: Fromm Forum (Deutsche Ausgabe – ISSN 1437-0956), 24 / 2020, Tuebingen (Selbstverlag), S. 124-140.

Copyright © 2020 by Dr. Veith Selk, Institut für Politikwissenschaft; TU Darmstadt, Dolivostraße 15, D-64293 Darmstadt; E-Mail: selk[at-symbol]pg.tu-darmstadt.de

Einleitung

Der Rechtspopulismus wurde unterschätzt. Das zeigte sich bei der Reaktion auf Donald Trump, der zu Beginn seiner Kandidatur als eine Art Witzfigur betrachtet wurde. Aber auch UKIP und insbesondere der BREXIT galten vielen Beobachtern anfänglich als chancenlose Irrsinnunternehmen. Und in Deutschland waren einige Kommentatoren der Meinung, der Rechtspopulismus sei ein Problem, das nur andere, gleichsam politisch zurückgebliebene Länder betreffe. Allerdings konnte die Erfahrung, die man in Hamburg mit Ronald B. Schill, „Richter Gnadenlos“ (BILD), gemacht hatte, das Potential des Rechtspopulismus bereits in den frühen 2000er Jahren aufzeigen. Zudem war in Vergessenheit geraten, dass mit der *Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung* (WAV) bereits im ersten deutschen Bundestag eine rechtspopulistische Partei vertreten war (Woller 1984).

Diese Lage änderte sich, nachdem das Unglaubliche wahr wurde und der Präsident der Vereinigten Staaten Donald Trump hieß, die Mehrheit der Briten für den BREXIT votierte und mit der *Alternative für Deutschland* eine rechtspopulistische Partei in nahezu alle Parlamente Deutschlands einzog. Der Rechtspopulismus wurde damit als ein allgemeines Problem westlicher Demokratien erkennbar, er konnte nicht mehr als eine Randerscheinung oder als ein

transitorisches Phänomen abgetan werden. Populismus wurde von nun an vor allem mit der Demagogie unverantwortlicher Politikaußen-seiter und irrationaler Wahlentscheidungen inkompetenter und böswilliger Wähler in Verbindung gebracht.

Die „guten Demokraten“ aus den etablierten Parteien und unter den Publizisten der kommentierenden Klasse brachten sich nun medial gegenüber den „bösen Populisten“ und ihren vermeintlich dummen und unwissenden Anhängern in Stellung. Wer Populisten wählt, so lautete die Botschaft, der hat keine Ahnung von Politik, führt Böses im Schilde oder ist ein schlechter Mensch. In diesem antipopulistischen Diskurs spiegelten sich die Vorwürfe, die die Rechtspopulisten den Parteien, den Medien und den Hochschulen machen. Im „linksgrün versifften Establishment“ (Jörg Meuthen), so die Polemik, mischten sich moralische und intellektuelle Verkommenheit, politische Inkompetenz und bornierter Eigensinn.

Die Hochphase dieses moralistischen Exorzismus währte nicht lange; aber es finden sich weiterhin Spuren von ihm – bei den Antipopulisten wie bei den Rechtspopulisten, die sich wechselseitig Vorhaltungen machen, wie korrupt, verkommen und böswillig die andere Seite sei. Rechtspopulistische Parteien bieten hierfür gegenwärtig Anlass, denn einige ihrer Poli-



ker halten die Flanke zum Rechtsradikalismus bewusst offen und ihre Parteistrukturen werden von entrüsteten Rechtsradikalen als eine politische Plattform genutzt.

Diese beiden Phasen der Auseinandersetzung mit dem Populismus haben Ähnlichkeit mit dem Verlauf einer Beziehungskrise. Nach der Verleugnung („Wir haben doch gar kein Problem hier!“) kommt die Moralisierung („Du bist schuld, denn Du bist böse!“). In der Beziehungskrise ist es allerdings so: Wenn das Moralgewitter abgeklungen ist, kann man versuchen, den Konflikt hinter der Beziehungskrise zu verstehen und gegebenenfalls eine Therapie aufsuchen, um dann anschließend ins alte Unglück auf stabilisierter Grundlage zurückzukehren oder eben Schluss zu machen und zu neuen Ufern aufzubrechen. Dieser Ausweg, das Beziehungsende, ist in der Auseinandersetzung mit dem Populismus bislang versperrt. Die institutionalisierte Ausbürgerung ist in der liberalen Demokratie keine Option. In ihr müssen Populisten und Antipopulisten ohne die Verbannungsoption miteinander auskommen, auch wenn es auf beiden Seiten nicht an symbolischen Ausbürgerungen mangelt, die manch einer von ihnen nur zu gerne in die Tat umsetzen würde. Die Praxis einiger rechtspopulistischer Politiker an der Macht lassen in dieser Hinsicht jedenfalls Übles erwarten. Zudem kommt es gegenwärtig zu gewalttätigen Übergriffen auf beiden Seiten. Sie erwecken den Eindruck, dass nun in die Tat umgesetzt wird, wovon zuvor gesprochen wurde.

Mittels Moralisierung und symbolischer Ausbürgerung der Gegenseite kann man sich seiner vermeintlichen Überlegenheit versichern und vielleicht auch einige neue Anhänger gewinnen, doch das Problem, um das es geht, ist damit weder verstanden noch gelöst. Vor diesem Hintergrund soll der Beitrag zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtspopulismus beitragen – ohne dadurch zugleich auch eine praktikable Lösung anbieten zu können. Zuerst werde ich den Begriff des Populismus klären, um anschließend drei Ansätze aus der Populismusforschung zu erläutern, die für das Verständnis des

Phänomens hilfreich sind (1). Anschließend will ich die Ermöglichungsbedingungen und Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus umreißen (2) und eine zeitdiagnostische These formulieren (3). Sie besagt, dass sich gegenwärtig eine politische Konfliktlinie abzeichnet, die ich als Gegensatz zwischen rechtem Retropopulismus und postdemokratischem Liberalismus interpretiere.

1. Was ist Populismus?

a) Populismus als Kampfbegriff und als Diagnose

Der Begriff des Populismus ist mehrdeutig. Populismus ist einerseits ein diagnostischer Begriff, der auf den Zusammenhang zwischen populistischen Revolten mit gegenwärtigen Problemen repräsentativer Demokratien hinweist. Allerdings ist der Ausdruck „Populismus“ politisch aufgeladen, er ist auch ein polemisches Instrument des Meinungskampfs. Mit ihm werden politisch Handelnde aus dem demokratischen Spektrum ausgegrenzt und er stellt einen Fall von „labelling“ dar, das der Abwertung durch Fremdbeschreibung dient.

Die Wirkung dieses „labellings“ ist kontextrelativ, denn die mitgeführte Wertung ist von normativen Erwartungen eines Publikums abhängig, über die die Sprecher selbst nicht verfügen. Wo, wie in Deutschland, Populismus mit negativen Eigenschaften assoziiert wird, ist eine negative Verwendung des Populismusbegriffs leichter möglich als in den USA. Dort wird Populismus eher mit einer demokratischen Politik in Verbindung gebracht, die die Interessen und Ansichten der „ordinary people“ vertritt. Allerdings wird auch in den Vereinigten Staaten die polemisch-negative Konnotation des Begriffs wirkmächtiger (vgl. Jäger 2017; Kazin 1995).

Trotz der in Deutschland dominanten abwertenden Verwendungsweise, finden sich auch hierzulande Fälle, in denen Politiker den Begriff des Populismus zur Selbstbeschreibung nutzen. Alexander Gauland etwa verkündete, Populismus sei für ihn „nichts Verwerfliches“, da Populismus schlicht bedeute, man solle „dem Volk aufs Maul schauen“. Populisten, so die Bot-



schaft, rebellieren wie einst Luther gegen die geballte Macht der Deutungselite, indem sie dem Volk eine Stimme verleihen. Dieser Anspruch kann nur dort verfangen, wo der Stimme des Volkes Gewicht zukommen soll und wo es zugleich Sprachrohre benötigt, die beanspruchen in seinem Sinne zu sprechen und so „Volkes Stimme“ gegenüber einer unterdrückenden Macht zur Geltung zu bringen. Das verweist auf die normativen Erwartungen gegenüber Politikern und Politikerinnen in der repräsentativen Demokratie.

b) Populismus als politischer Stil

In einem weiten, diagnostischen Sinne kann Populismus zunächst als ein *Stilelement* des Politikmachens in Demokratien begriffen werden (vgl. Moffitt & Tormey 2014). Der populistische Stil hat den Zweck, Volksverbundenheit, d.h. die Nähe zur (Wahl-)Bürgerschaft zu symbolisieren. Mittel hierfür sind das Verspeisen von landestypischen Gerichten, hochgekrempelte Ärmel, Bierfassanstiche und Haltungen des „Zuhörens“ während der „Ochsentour“ im Wahlkampf. Hierzu zählen außerdem rhetorische Figuren wie die „klare Kante“, der kalkulierte Regelbruch und die dosierte Provokation, aber auch der Verweis auf das „Kümmern“ und das „nah bei den Menschen sein“, untermauert durch den Anspruch, vermeintlich populäre Ansichten und Forderungen zu vertreten, im heroischen Widerstand gegen eine nicht näher spezifizierte Macht, die dies verhindern wolle.

Der populistische Stil ist in der Demokratie ein unvermeidliches Element der Politik, weil Demokratie normativ auf der anspruchsvollen Idee eines „government of the people, by the people, and for the people“ (Abraham Lincoln) basiert. Die politische Wirklichkeit sieht demgegenüber zumeist ernüchternd und enttäuschend aus, denn die repräsentativen Demokratien sind faktisch durch die Dominanz der politischen Eliten in Staat und Wirtschaft sowie der *professionals* in den Parteien gekennzeichnet. Sie, die Eliten, treffen die politisch maßgeblichen Entscheidungen.

In der realistischen Demokratietheorie hat sich

zur Bezeichnung dieser Herrschaftsform der paradoxe Begriff der „demokratischen Elitenherrschaft“ eingebürgert. Man kann ihn so auslegen, dass „repräsentative Demokratien“ in Wirklichkeit Mischsysteme sind, die demokratische Legitimation und Partizipation (vor allem durch die Wahl) mit einer oligarchischen Herrschaftsstruktur verbinden (vgl. Sternberger 1985; Winters 2011), deren sichtbarstes Zeichen die Spaltung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten ist. Diese beiden Ebenen, die Spaltung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten und die oligarchische Struktur der Repräsentanten, müssen überbrückt werden, soll die „demokratische“ Legitimation Bestand haben. Dies wird in einer Demokratie nicht nur durch Wahlverfahren, öffentliche Meinungsäußerungen und direkte Partizipation erreicht, sondern eben auch symbolisch durch den populistischen Stil.

Der populistische Stil kann aber auch von Politikaußenseitern gegen die etablierten politischen Kräfte gewendet werden, wie es gegenwärtig im Rechtspopulismus der Fall ist. Der gegenwärtige Rechtspopulismus ist allerdings alles andere als ein reines Stilelement, auch wenn sich rechtspopulistische Politiker des populistischen Stils in hohem Maße bedienen – man denke nur an Nigel Farage, der sich gerne mit Zigarette und Bierglas ablichten lässt oder an Donald Trumps *Fast Food Bankett* im Weißen Haus. Zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtspopulismus sind weitere theoretisch-begriffliche Überlegungen notwendig.

c) Populismus als „dünne Ideologie“

Ein gängiger Ansatz der Populismusforschung begreift Populismus als eine „dünne Ideologie“. Sie besteht aus zwei Elementen, erstens der symbolischen Teilung des politischen Raums in eine korrupte Elite und in ein gutes Volk, und zweitens aus der These, das Volk verfüge über einen Willen und dieser Wille solle die Richtschnur der Regierungspolitik sein (Mudde 2004). Diese „Ideologie“, im Sinne einer in der politischen Kommunikation von nach Ämtern und Wahlstimmen strebenden Politikern artikulierten Beschreibung des politischen Raums, ist



„dünn“, weil sie selbst nicht programmatisch „gefüllt“ ist. Aus ihr folgen keine politischen Forderungen (abgesehen von der Forderung, die Elite solle weniger korrupt sein und der Wille des Volkes solle zur Geltung kommen. Aber was will das Volk und wie soll die Korruption vermindert werden?). In der politischen Wirklichkeit verbindet sich die „dünne Ideologie“ Populismus deshalb mit politischen Programmatiken und parteipolitischer Organisation. Aus der Perspektive dieses Verständnisses von Populismus kann es Populismus deshalb nie in Reinform geben, sondern nur in Gestalt von Bindestrich-Populismen, etwa als populistischer Neoliberalismus oder Form von Parteien, deren Programmatik, Mobilisierung, Führungspersonal und Anhängerschaft die populistische Ideologie artikulieren und sie mit „rechten“ oder auch „linken“ Programmen verknüpfen.

Was sind die programmatischen Elemente der heutigen rechtspopulistischen Parteien? Etwas holzschnittartig gefasst, zählen dazu die folgenden:

- Kritik am Parteienstaat und der politischen Klasse; Kritik an Europäisierung und Globalisierung;
- ein Pathos authentischer Demokratie und die Forderung nach mehr direkter Demokratie;
- die Forderung nach wohlfahrtsstaatlichen Leistungen für die „angestammten“ arbeitenden Bürgerinnen und Bürger (partikularistische Sozialstaatlichkeit);
- Kulturkonservatismus, Nationalstolz, Anti-Islamismus, Anti-Feminismus, Kritik der „political correctness“;
- die Ablehnung von Migration (insbesondere von Muslimen), von Multikulturalismus und permissiver Kultur;
- das Versprechen der politischen, kulturellen und ökonomischen „Wiedererstarkung“ und die Verheißung der Wiederherstellung eines goldenen Zeitalters und der Rückkehr zu „alter Größe“;

- *Law-and-order*-Politik, die Betonung von „Durchgreifen und Strafen“, Hervorhebung der Bedeutung einer starken Staatsgewalt und der nationalen Souveränität.
- die ostentative Ablehnung derjenigen Programme und Werte „progressiver“ Parteien, Politiker, Publizisten und Milieus, die sich symbolisch zur Markierung einer Differenz eignen (hierzu zählen etwa Vegetarismus, Klimaschutz und Ökologie, Feminismus, Urbanismus).

Der parteiförmige Rechtspopulismus hat eine soziale Verankerung. Seine Kernanhängerschaft sind die Facharbeiterschaft und das Kleinbürgertum. Seine Anziehungskraft strahlt allerdings auch in andere Schichten, Klassen und Milieus aus (Priester 2012). Von Bedeutung ist zudem die regionale Prägung der Wählerschaft, insbesondere „abgehängte“ Regionen und Wahlkreise weisen höhere Stimmengewinne für rechtspopulistische Parteien auf. Gegenwärtig entwickeln sich die rechtspopulistischen Parteien tendenziell zu den Parteien der „kleinen Leute“. Infolge des Wegfalls der „Volkstribunats-Funktion“ kommunistischer und sozialdemokratischer Parteien erhalten sie in zunehmendem Maße Stimmen von „einfachen“ Arbeitern und Arbeitslosen.

Fern stehen dem Rechtspopulismus gebildete, überproportional ökologisch und linksliberal eingestellte, gut verdienende Akademiker aus den urbanen Zentren. Beachtenswert ist allerdings, dass die seit längerem vor sich gehende Ausweitung der Hochschulbildung bei gleichzeitiger Schließung der Aufstiegswege ein Reservoir „überflüssiger Akademiker“ hervorgebracht hat, das in Praktika, Weiterbildung und Kurzfristbeschäftigung, vielleicht auch im Hochschulsystem insgesamt, „geparkt“ wird (vgl. Collins 2013, S. 51-56; Collins 2011). Ist die Abwanderung für sie versperrt oder unattraktiv, bildet sich bei ihnen Statusinkonsistenz, die aus der Verbindung von hoher formaler Bildung mit prekärer beruflicher Stellung resultiert, und das hat bei ihnen ein beträchtliches Politisierungs- und Mobilisierungspotential zur Folge. Dies haben die nicht zuletzt von jungen akademischen



Aktivisten getragenen Erfolge von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn gezeigt.

Wenn es ihnen gelingt, diese Gruppe im Kontext identitätspolitisch motivierter Veränderung der Hochschulen und der Arbeitswelt zum Zwecke der Inklusion (Frauenförderung, *diversity*) in eine Frontstellung gegen das linksliberale Paradigma zu manövrieren, ergibt sich hieraus für die politische Organisationsarbeit rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen, aber auch für die mit ihnen verbundene digitale Gegenöffentlichkeit, ein Reservoir an hochgebildeten und zugleich frustrierten, sich herabgesetzt fühlenden jungen Erwachsenen. Sie kommen gewiss auch als Wähler in Betracht, sie sind aber vor allem als potentielle Aktivisten von Bedeutung. In jedem Fall stellen sie ein dynamisches politisches Element dar, das in Zukunft von Bedeutung sein wird.

Die Führungsschicht rechtspopulistischer Parteien rekrutiert sich bisher aus den zweiten Reihen etablierter Parteien, d.h. sie wird stärker von Politikern und Politikerinnen geprägt, die über politische Erfahrung verfügen, aber nicht als Mitglieder der politischen Klasse in herausgehobener Stellung öffentlich in Erscheinung getreten sind oder als solche gedeutet werden. Hinzu kommen politische Neulinge, die aber eher den gemeinhin nicht als politisch verstandenen Funktions- und Machteliten entstammen (Hochschulen, Kultur, Medien, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft).

Auffällig ist, dass rechtspopulistische Parteien zum Teil zwar immer noch neoliberale Programmatiken vertreten, aber einige von ihnen tendieren seit einiger Zeit stärker in Richtung einer wirtschaftspolitisch interventionistischen, partikularistisch-wohlfahrtsstaatlichen Position, die sie mit einem Kulturkonservatismus verbinden. Vor diesem Hintergrund ist die einfache Zuordnung dieser Parteien zum rechten Spektrum mit Vorsicht zu betrachten (genauso wie es mittlerweile anachronistisch ist, sozialdemokratische Parteien sozialdemokratisch zu nennen). In Anbetracht der zuweilen verwirrenden politischen Konstellation der Parteien- und Politiklandschaft mag man sich deshalb an Ernst

Jandls hellsichtiges Gedicht „Lichtung“ erinnern:

*manche meinen
lechts und links
kann man nicht verwechseln
werch ein illtum!*

Die Verbindung von Parteienstaatskritik, partikularistischer Wohlfahrtspolitik und Protektionismus mit kulturkonservativen Ideen und einem *law-and-order* Etatismus stellt mit Blick auf die Präferenzen einer spezifischen Wählergruppe allerdings eine erfolgversprechende Strategie dar. Denn nicht wenige Wählerinnen und Wähler können der Gruppe der frustrierten Links-Konservativen zugerechnet werden. Für diese Gruppe ist charakteristisch, dass sie wirtschaftspolitisch eher moderat-linke Positionen vertreten, kulturpolitisch aber konservativ eingestellt sind. Sie sind unzufrieden mit der politischen Klasse, und sie sehnen sich nach einem starken Staat und einer handlungsfähigen, gut regierenden politischen Führung. In Ermangelung von Parteien, die ein hierzu passendes „Angebot“ machen, in Verbindung mit einer öffentlichen Problemwahrnehmung von Migration als „Mutter aller Probleme“ (Horst Seehofer) und vor dem Hintergrund der Tendenz rechtspopulistischer Parteien, sozial- und wirtschaftspolitisch vom neoliberalen Paradigma Abstand zu nehmen, tendieren sie vermehrt dazu, rechtspopulistische Parteien zu wählen (vgl. Lefkofridi & Wagner & Willmann 2014; Nölke 2018). In diesem Kontext ist die Parole Björn Höckes bemerkenswert, die er bei seiner Rede auf dem Kyffhäuser-Treffen 2018 ausgab: „Die soziale Frage war das Kronjuwel der Linken, es war ihre Existenzgarantie. Und wenn wir als AfD glaubwürdig bleiben und entschlossen bleiben, dann können wir der Linken dieses Kronjuwel jetzt abjagen! Und das sollten wir tun!“ (Zit. nach Deutschlandfunk 2018)

d) Populismus als demokratische Reaktion

Rechtspopulismus wird in der öffentlichen Debatte oftmals als unvereinbar mit der liberalen Demokratie aufgefasst. Und tatsächlich sind die Übergänge zwischen rechtspopulistischen Par-



teilen, Bewegungen und Diskursen auf der einen Seite und rechtsradikalen Politikern, Bewegungen und Diskursen auf der anderen Seite fließend. Das ergibt sich zum einen aus thematischen und programmatischen Überschneidungen zwischen ihnen, andererseits resultiert es aus ihrer gemeinsamen Neigung, sich als die einzig legitime, nicht korrumpierte politische Kraft darzustellen. Aus einem Rechtspopulismus in der Demokratie kann deshalb ein Rechtspopulismus gegen die Demokratie werden. Allerdings ist für den Rechtspopulismus ein starkes Pathos der Demokratie kennzeichnend, das sich im Rechtsradikalismus nicht findet.

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Rechtspopulismus lässt sich jedoch nicht abstrakt bestimmen, denn es hängt von zahlreichen Kontextbedingungen ab, die in den existierenden demokratischen Regimen variieren (hierzu zählen etwa die politische Kultur, die Wahlverfahren, das Parteienrecht, die Mechanismen des *gate keeping* und die Praktiken des Demokratieschutzes, die historischen Pfade der institutionellen Entwicklung, das Parteiensystem, u.v.m.). Allerdings lassen sich auf der konzeptuellen Ebene zwei Eigenheiten demokratischer Regime ausmachen, die Anknüpfungspunkte für den gegenwärtigen Rechtspopulismus sind.

Margaret Canovan hat diese Eigenheiten als zwei Seiten der Demokratien beschrieben (Canovan 1999). Die eine Seite der Demokratie ist das institutionengebundene Handeln im politischen Alltagsgeschäft; das ist die pragmatische (*pragmatic*) Seite der Demokratie. Die andere Seite ist das institutionenverändernde Handeln in den Momenten der tiefgreifenden Reform und des Aufbegehrens. Dies ist die „erlösende“ (*redemptive*) Seite der Demokratie. Demokratie ist für Canovan damit ein janusköpfiges Gebilde, dessen zwei Gesichter aufeinander angewiesen sind. Ohne Institutionen kann keine Demokratie existieren und ihre Zerstörung untergräbt die Demokratie. Sind die Institutionen aber zu starr, konterkariert dies das demokratische Versprechen der Selbstgesetzgebung und

Neugestaltung.

Für Canovan besteht zwischen beiden Seiten eine Spannung, die der Populismus ausnutzen kann. Erscheinen institutionelle Reformmöglichkeiten verbaut, etwa im Zeichen von einer behaupteten „Alternativlosigkeit“, schlägt die Stunde der populistischen Revolte. Dies ist insbesondere dann möglich, wenn die „erlösende“ Seite der Demokratie von den herrschenden politischen Kräften nicht mehr glaubhaft repräsentiert wird. Aber auch andersherum gilt: Wenn ein rascher institutioneller Wandel erfolgt, den einige in der Bürgerschaft als fremdbestimmt erleben oder entsteht bei ihnen der Eindruck, das politische Alltagsgeschäft sei gestört, dysfunktional oder korrupt, provoziert auch dies populistische Gegenreaktionen.

Der Rechtspopulismus hat sich in der jüngeren Zeit diese beiden potentiellen Schwachstellen der Demokratie zu Nutze gemacht, indem er im Angesicht sichtbarer öffentlicher Probleme das „Politikversagen“ der etablierten politischen Kräfte anprangerte und die vor allem von der Linken sträflich vernachlässigte „erlösende“ Seite der Demokratie für sich in Anspruch nahm.

2. Was sind die Gründe für den Aufstieg des Rechtspopulismus?

„Rechtspopulismus“ stellt keinen Wesensbegriff dar, sondern ist ein Idealtyp. Er ist zunächst nur ein begriffliches Konstrukt, das der Ordnung der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit dient. Deren kulturelle Kontexte, unterschiedliche Pfadabhängigkeiten und institutionelle Strukturen, aber auch Mentalitäten müssen bei der Deutung rechtspopulistischer Politiker, Parteien, Bewegungen und Diskurse berücksichtigt werden (Jörke & Selk 2017). Hinzu kommt, dass populistische Bewegungen auf konkrete Ereignisse reagieren, die sie als Gelegenheit zur Mobilisierung nutzen. Hierzu zählten in der Vergangenheit Korruptionsskandale, islamistischer Terrorismus, die sogenannte „Flüchtlingskrise“ sowie die Finanz- und Eurokrise.

Gleichwohl gibt es Gründe für den Aufstieg des



Rechtspopulismus, die unabhängig von den je spezifischen Umständen sind. Hierzu zählt erstens die Empfänglichkeit der klassischen Massenmedien für den provokativen Stil rechtspopulistischer Politiker. Aufgrund ihrer Präferenz für Konflikte und Skandale in ihrer Berichterstattung liefern sie diesen dauerhaft eine Bühne. Hinzu kommt, dass sich infolge der Digitalisierung der politischen Kommunikation eine digitale Gegenöffentlichkeit herausgebildet hat, die die normative Filterfunktion der klassischen Massenmedien umgeht. Wenn die klassischen Medien über Rechtspopulismus berichten, dominiert dabei oftmals eine negative Bewertung bzw. eine unterschwellige Delegitimierung. Die digitale Gegenöffentlichkeit durchlöchert diese normative Filterung, da es ihnen mittels der Neuen Medien möglich ist, ein eigenes „politisches Framing“ zu betreiben und eigene Themen zu setzen. Zudem können sie die normative Filterfunktion der klassischen Medien als politische Propaganda skandalisieren und Misstrauen säen.

Zweitens besteht seit einiger Zeit ein erheblicher Mangel an Parteidifferenzen in wichtigen Themenfeldern. Die „Parteien der Mitte“ haben sich stark angeglichen, und auf dem Feld der Kulturpolitik haben sich auch die Ränder der politischen Kräfte angenähert. Verstärkt wird dies durch die *t.i.n.a.*-Rhetorik (*there is no alternative*) der politischen Eliten und vor allem durch die Schwächung der Kerninstitutionen der Demokratie, insbesondere der Parteien und der Parlamente. Diese Entwicklung wird in der Politikwissenschaft unter dem Stichwort der „Postdemokratie“ (Crouch 2008) diskutiert. Der Begriff besagt, dass die zentralen Institutionen der Demokratie wie Parlamente, Parteien und Wahlen noch existieren, sie aber gewissermaßen „leerlaufen“, weil sie kaum noch über Relevantes entscheiden. Damit wird das legitimierende Band zwischen der Wahlentscheidung und der Regierungspolitik durchschnitten. Demgegenüber symbolisieren Rechtspopulisten mit ihren Schlagworten „there is an alternative“ und „take back control“ die Rückkehr der demokratischen Politik. Sie stehen symbolisch für eine politische Alternative, die wählbar ist und

die einen Unterschied macht.

Drittens hat sich der politische Stil der politischen Klasse und der politischen Eliten gewandelt. Er ist nur noch selten populistisch. Stattdessen ist er nüchtern, technokratisch, „lösungsorientiert“ und „politisch korrekt“. Das spricht jedoch nur einen Teil des Wähler*innenschaft an; nicht wenige Wählerinnen und Wähler wollen auch Politiker und Politikerinnen, die Leidenschaften zum Ausdruck bringen. Den Mangel an „demokratischer Leidenschaft“ wenden die Rechtspopulisten nun gegen die politische Klasse selbst (Mouffe 2005). Hinzu kommt, dass der Rechtspopulismus eine Revitalisierung der „erlösenden“ Seite der Demokratie verspricht, wodurch er Handlungsmacht symbolisiert, und eine Abkehr vom Pfad der „alternativlosen“ Politik verkörpert.

Die Aggression gegenüber der politischen Klasse, die Rechtspopulisten wie Donald Trump mit Parolen wie „Lock her up!“ („Sperr sie ein!“ – eine auf Hillary Clinton gemünzte Parole) schüren, kann man mit Recht als unzivilisiert verdammen. Allerdings steckt hinter dieser politisierten Straflust insoweit ein rationaler Kern, wie die Mitglieder der oberen Ränge der politischen Klasse keinen sozialen Abstieg fürchten müssen – im Gegensatz zu nicht wenigen Normalbürgerinnen und -bürgern. Für politische Verfehlungen tragen sie oftmals keine schwerwiegenden Konsequenzen, stattdessen werden sie zuweilen in eine gut dotierte Position „wegbefördert“. Der Rechtspopulismus lebt mithin von etwas, das man als „demokratisches Ressentiment“ bezeichnen kann. Es entsteht aus dem offenkundigen Widerspruch zwischen der öffentlichen Huldigung demokratischer Werte und der diesen Werten oftmals Hohn sprechenden politischen Wirklichkeit.

Der anstößige Stil und das dilettantische und unprofessionelle Auftreten einiger Rechtspopulisten sind vor diesem Hintergrund eher Vorzüge als Nachteile. Sie symbolisieren Nichtzugehörigkeit zur politischen Klasse. Das wird dadurch befördert, dass die politische Klasse homogener geworden ist. Sie ist in einem zunehmenden Maße akademisch geprägt, und sie



spiegelt die auch in der Gesellschaft stärker gewordene soziale Schließung.

Zwar versammeln auch rechtspopulistische Parteien viele Akademiker in ihren Reihen, insbesondere in den Parlamenten, durch ihren populistischen Stil können sie dies aber besser überdecken.

Viertens erodiert in den repräsentativen Demokratien die „soziale Homogenität“ (Heller 1928). Mit diesem Begriff hatte der sozialdemokratische Theoretiker Hermann Heller auf einen „sozial-psychologischen Zustand“ hingewiesen, der der Sache nach bereits von Aristoteles zu den Voraussetzungen politischer Einheitsbildung gezählt wurde. Bestandteile der „sozialen Homogenität“ sind vor allem ein gewisses Maß an „sozialer Angeglichenheit“ und ein „Wirbewußtsein und -gefühl“ (ebd., S. 428 f.). Heller wies zwar darauf hin, dass soziale Homogenität „niemals Aufhebung der notwendig antagonistischen Gesellschaftsstruktur bedeuten“ kann (ebd.), aber Demokratien können ihre bemerkenswerte Fähigkeit zur Repräsentation von Differenz gleichwohl nur dann zur Geltung bringen, wenn sie zugleich über ein hinreichendes Maß an sozialer Kohäsion infolge eines bestimmten Maßes an „sozialer Homogenität“ verfügen.

Insbesondere drei Aspekte der erodierenden sozialen Homogenität sind für das Verständnis des Rechtspopulismus von Bedeutung: Infolge von Zuwanderung und einer vernachlässigten politischen Integration der Zugewanderten treten Bürgerschaft und Bevölkerung in den Demokratien auseinander, es entsteht dadurch ein relativ großes Segment an Menschen, die dauerhaft auf einem Staatsgebiet leben, aber dort über nur eingeschränkte Bürgerrechte verfügen, sie sind „Subjekte zweiter Klasse“ und damit eine leichte Zielscheibe für rechtspopulistische Agitation. Zudem hat sich in den Demokratien ein empirischer Multikulturalismus herausgebildet, weshalb die Zahl der Kulturen zunimmt, woraus sich eine verstärkte Differenz Erfahrung ergibt. Hinzu kommen die zunehmende sozio-ökonomische Ungleichheit, die primär aus der negativen Abkopplung der Löhne von den

Produktivitätszuwächsen resultiert, und das über sozial hochselektive Bildungsinstitutionen erzeugte Bildungsgefälle. All diese Differenzen und die mit ihnen einhergehenden Konflikte wurden bisher nicht hinreichend repräsentiert und dadurch nicht politisch integriert.

Die erodierende soziale Homogenität erfahren die Bürgerinnen und Bürger auch in ihrer Lebenswelt, und nicht wenige von ihnen deuten sie als eine Bedrohung. Dieses Bedrohungsgefühl kann ein ich-bezogenes sein, in Form der Angst vor dem individuellen Abstieg, es kann aber auch auf ein Kollektiv bezogen sein, in Form der Angst vor einem Niedergang einer Gemeinschaft. Der Rechtspopulismus schließt hier in doppelter Weise an. Er verspricht sozialpolitische Kompensationen und die Rückkehr zu einer vergangenen, vermeintlich großartigen ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft. Er reagiert auf die Erfahrung erodierender sozialer Homogenität und abnehmender Integration infolge fehlender Differenz- und Konfliktprepräsentation mit dem Versprechen einer ethnischen und kulturellen Re-Homogenisierung.

Fünftens nimmt in den Demokratien die politische Komplexität zu, und dies wird auch in zunehmendem Maße bewusst. Zunahme politischer Komplexität heißt nicht nur, dass die Zahl der an der politischen Kommunikation Beteiligten ansteigt, sondern auch, dass es zu einer Diffusion von Verantwortung kommt. Wer über was mit welchen Folgen entschieden hat, das ist infolge der komplexen Formen des Regierens jenseits des Staates, innerhalb des Exekutivföderalismus der EU sowie außerhalb der parlamentarischen Arenen in den zahlreichen „Konsensrunden“, Expertenkommissionen, „Bürgerdialogen“ und „Gipfeltreffen“ immer schwerer zu sagen.

Das ist problematisch, weil damit ein Kriterium demokratischer Legitimität verletzt wird, das Michael Th. Greven entdeckt und nach dem italienischen Politikwissenschaftler Giovanni Sartori benannt hat (Greven 2009). Das „Sartori-Kriterium“ besagt, dass Demokratie von allen politischen Regimeformen die komplizierteste ist, sie aber nur dann bestehen kann, wenn ihre



Prinzipien, Institutionen und Prozesse von den Durchschnittsbürgern verstanden werden. Angewandt auf die gegenwärtige Lage bedeutet das: Die überbordende Komplexität der Politik gefährdet die Demokratie, weil die Bürgerinnen und Bürger politisch den Überblick verlieren und dies auch selbst bemerken.

Auch an dieser Stelle schließen rechtspopulistische Politiker an gegenwärtige Probleme der Demokratie an. Sie setzen nicht, wie die meisten anderen Parteien und Politiker, auf langwierige Verhandlungen, simulative „Bürgerdialoge“ und den Einsatz von Expertenkommissionen. Stattdessen nehmen sie klare Verantwortungszuschreibungen vor. Sie stehen zudem für eine Mehrheitsherrschaft und propagieren einfache Politikrezepte, die sie in eingängigen Kampagnen vorbringen. An diesen Kampagnen und Programmen wird oftmals kritisiert, bei ihnen handele es sich um „einfache Antworten auf komplexe Probleme“. Wenn mit „einfach“ gemeint ist: einfach zu verstehen, dann muss man diesem Einwand im Lichte des Sartori-Kriteriums entgegenhalten, dass Demokratien genau dies benötigen: einfache Antworten. Politische Antworten auf öffentliche Probleme sind nicht richtig, weil sie einfach sind, aber in einer Demokratie müssen die politischen Antworten einfach zu verstehen sein. Andernfalls sind sie auf demokratischem Wege nicht zu vermitteln.

Sechstens hat sich in jüngerer Zeit eine neue Konfliktlinie zwischen „Öffnung“ und „Schließung“ herausgebildet, die hergebrachte Konfliktlinien („Kapital“ gegen „Arbeit“, „Stadt“ gegen „Land“, usw.) ergänzt und überlagert. Infolge der politisch gewollten, wachsenden Interdependenz der politischen Ordnungen, der Zunahme grenzüberschreitender Kommunikation, der Liberalisierung der Kultur und Ökonomie und aufgrund der erhöhten Mobilität haben sich Veränderungsprozesse vollzogen, die Gegenreaktionen und damit einen Konflikt zwischen Befürwortern von weiterer „Öffnung“ auf der einen und Befürwortern von „Schließung“ auf der anderen Seite auslösen (vgl. Reckwitz 2016).

Obwohl viele regierende Parteien durchaus „Schließungspolitik“ betrieben haben und betreiben, wird dieser Konflikt aufgrund der Vorherrschaft des liberalen Diskurses in der Öffentlichkeit („Weltoffenheit statt Abschottung“) und im Parteienwettbewerb symbolisch nicht hinreichend repräsentiert. Die dadurch entstehende Repräsentationslücke wird gegenwärtig von rechtspopulistischen Parteien genutzt, die sich durch ihre Programmatik, aber vor allem auch mittels ihrer Verwendung von „Schließungsparolen“ („Build a wall!“) als Parteien der Schließung positionieren. Damit können sie ein Alleinstellungsmerkmal als Repräsentanten der Befürworter von „Schließung“ beanspruchen.

Man kann diese Konstellation als das Ergebnis einer umfassenden, seit den 1970er Jahren einsetzenden „Modernisierung“ begreifen, die durch politische, ökonomische und kulturelle Liberalisierungsprozesse gekennzeichnet ist. Sie bringt, wie alle Prozesse sozialen Wandels, „Gewinner“ und „Verlierer“ hervor, da Individuen, Gruppen, Klassen und Milieus unterschiedlich von diesen Liberalisierungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Kultur betroffen sind und die Bedeutung dieser Prozesse unterschiedlich interpretieren. Während die Liberalisierung in den Augen mancher einen Gewinn darstellt (und ihnen mehr Freiheit, Geld, Ansehen, Selbstverwirklichungschancen und den Bedeutungszuwachs von ihnen geschätzter Werte und Ideen einbringt), befürchten andere einen entsprechenden Verlust. Die Rechtspopulisten beanspruchen die Repräsentation dieser „Verlierer“ bzw. derjenigen, die sich dafür halten. Dies korrespondiert mit der Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien, die tendenziell eher älter, männlich und nicht akademisch geprägt ist.

3. Zwei wie Pech und Schwefel. Postdemokratischer Liberalismus vs. rechter Retropopulismus

Damit deuten sich die Konturen der Auseinandersetzung an, in der der Konflikt zwischen Befürwortung von „Öffnung“ und Befürwortung von „Schließung“ ausgetragen wird. Ich will mich hier auf die „ideenpolitische“ Dimension



dieser Auseinandersetzung konzentrieren und dafür zwischen zwei politischen Ideen unterscheiden, die sich in der gegenwärtigen Lage herauskristallisieren.

Auf der einen Seite steht der *postdemokratische Liberalismus* (vgl. Jörke & Selk 2019). Er registriert und affirmiert die Verminderung demokratischer Steuerungsfähigkeit und die Schwächung der „erlösenden“ Seite der Demokratie. Ohne Hoffnung auf die Revitalisierung majoritärer Demokratie nimmt er Abschied von der Idee von Demokratie als der Verwirklichung eines demokratisch gebildeten Mehrheitswillens. Er setzt demgegenüber auf die Stärkung der „pragmatischen“ Seite der Demokratie und propagiert ein gutes Regieren, das vor allem durch Expertenwissen, aber auch durch gut informierte Bürgerinnen und Bürger unterstützt wird, und das vor allem der Verwirklichung liberaler Werte dient.

Seine Grundintuition ist, dass die negativen Folgen der liberalen Modernisierung durch *mehr* liberale Modernisierung bekämpft werden müssten. In diesem Sinne ist der postdemokratische Liberalismus eine „progressive“ politische Idee. In seiner linken Variante von der *SPD* bis zu den *GRÜNEN* sitzt der Akzent mehr auf Chancengerechtigkeit, in seiner rechten Variante von der *CDU* bis zur *FDP* stärker auf Leistung; gemeinsam ist beiden Varianten die Stoßrichtung der wettbewerblichen Anpassung an den globalen Kapitalismus und die „Sachzwänge“ der Marktgesellschaft, die im Ganzen als nicht steuer- und beherrschbar aufgefasst werden und denen sich andere Ziele unterordnen oder zumindest als Mittel beigesellen müssten. Öffnungsprozesse in Politik (Europäisierung, Globalisierung), Ökonomie (Freihandel, Innovation) und Kultur (Toleranz und Vielfalt) werden so als miteinander zusammenhängende und funktionale Mittel der Anpassung im „globalen Wettbewerb um Märkte, Köpfe und Kapital“ begriffen.

Auf der anderen Seite steht der *rechte Retro-populismus*. Er konfrontiert den postdemokratischen Liberalismus mit einer reaktiven bis reaktionären Programmatik. Zwar geht es ihm teil-

weise auch um liberale Werte, aber er rechtfertigt seine Programmatik vor allem kollektivistisch. Im Kern geht es ihm um das Mildern, Stoppen oder Rückgängigmachen der liberalen Modernisierung. Die Kur der Übel liegt ihm zufolge deshalb nicht im „mehr von der gleichen Medizin!“, wie es der postdemokratische Liberalismus empfiehlt, sondern in der rückwärts-gewandten Parole „weniger liberale Moderne wagen!“ Im Zentrum steht hierbei das rechts-populistische Versprechen der Wiederherstellung eines großartigen, vergangenen Zustandes („Make America great *again*“), dessen Niedergang elitenkritisch-polemisch dem „linksgrün versifften Establishment“ in Politik, Kultur und Öffentlichkeit zugerechnet wird. Die dem zugrunde liegende Idee einer „*olde tyme democracy*“ zielt darauf ab, Institutionen zu stärken bzw. wiederherzustellen, die durch beschleunigten sozialen Wandel erodiert sind. Hierzu zählen vor allem die bürgerliche Kleinfamilie und das „heteronormative“ Geschlechterverhältnis; die ethno-nationale Gemeinschaft, Identität und Kultur; die staatliche Souveränität; die Mehrheitsdemokratie und der vermeintlich „Wohlstand für alle“ schaffende Industriekapitalismus alter Prägung. Auf die Bundesrepublik angewandt lautet die Parole mithin: Zurück zur alten Bonner Republik!

Fazit

Sollte sich diese Konstellation verfestigen, stehen die Chancen für eine auf Mündigkeit, Gerechtigkeit und Freiheit abzielende demokratische Politik schlecht. Der postdemokratische Liberalismus führt zwar aufgrund seiner liberal-individualistischen Ausrichtung zur Verminderung von institutioneller Demütigung, er vernachlässigt jedoch die sozialen Voraussetzungen von Demokratie. Die bestehenden Ungleichheiten der Bildung, des Eigentums, des Sozialprestiges und der Lebenschancen könnten nur durch demokratische Machtpolitik verändert werden. Seine Verabschiedung von demokratischer Machtpolitik, die die Interessen der Mehrheit zur Geltung bringen könnte, führt deshalb zur weiteren Verfestigung bestehender Privilegien. Das liberale Programm der Anpassung



sung an die „Sachzwänge“ der Marktgesellschaft stärkt die bereits Starken.

Der rechte Retropopulismus hingegen propagiert ein Ideal, das unter den gegebenen Bedingungen liberaler Gesellschaften kaum zu realisieren ist, da er Liberalisierungsschritte rückgängig machen müsste, an die sich viele Bürgerinnen und Bürger bereits gewöhnt haben. Er reagiert auf die Folgen liberaler Modernisierung in erster Linie regressiv-protestförmig. Protest ist aber kein Regierungsprogramm. Deshalb steht seine eigentliche Bewährungsprobe in den westlichen Demokratien noch aus. Insbesondere der Ausgang des gegenwärtigen italienischen Experiments einer Koalitionsregierung bestehend aus der linkspopulistischen *Fünf-Sterne-Bewegung* und der rechtspopulistischen *Lega* dürfte vor diesem Hintergrund von Bedeutung sein.

Literatur

- Canovan, Margaret, 1999: "Trust the people! Populism and the Two Faces of Democracy", in: *Political Studies* Band 47, S. 2-16.
- Collins, Randall, 2013: "The End of Middle-Class Work: No More Escapes", in: Wallerstein, Immanuel u.a. (Hg.): *Does Capitalism Have a Future?*, Oxford und New York (Oxford University Press), S. 37-69.
- Collins, Randall, 2011: "Credential Inflation and the Future of Universities", in: *Italian Journal of Sociology of Education*, Band 2, S. 228-251.
- Crouch, Colin, 2008: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- Deutschlandfunk, 2018: AfD-Parteitag in Augsburg. Selbstzufrieden trotz programmatischer Lücken, https://www.deutschlandfunk.de/afd-parteitag-in-augsburg-selbstzufrieden-trotz-724.de.html?dram:article_id=421680 (23.07.2019).
- Greven, Michael Th., 2009: „Zukunft oder Erosion der Demokratie?“, in: *Politik – Wissenschaft – Medien. Festschrift für Jürgen Falter zum 65. Geburtstag*, Hg. Hanna Kaspar et al., Wiesbaden (VS-Verlag für Sozialwissenschaften), S. 411-428.
- Heller, Hermann, 1971 [1928]: *Politische Demokratie und soziale Homogenität*, in: *Gesammelte Schriften*, Band II, Leiden (A. W. Sijthoff), S. 421-433.
- Jäger, Anton, 2017: "The Semantic Drift: Images of Populism in post-war American Historiography and their Relevance for (European) Political Science", in: *Constellations*, Band 24, S. 310-323.
- Jörke, Dirk & Selk, Veith, 2019: „Was ist post-demokratischer Liberalismus?“, in: *Journal für politische Bildung*, Nr. 1, S. 24-27.
- Jörke, Dirk & Selk, Veith, 2017: *Theorien des Populismus zur Einführung*, Hamburg (Junius).
- Kazin, Michael, 1995: *The Populist Persuasion. An American History*, Ithaca und London (Cornell University Press).
- Lefkofridi, Zoe & Wagner, Markus & Willmann, Johanne E., 2014: "Left-Authoritarians and Policy Representation in Western Europe: Electoral Choices across Ideological Dimensions", in: *West European Politics*, Band 37, Nr. 1, S. 65-90.
- Moffitt, Benjamin & Tormey, Simon, 2014: "Rethinking Populism. Politics, Mediatisation and Political Style", in: *Political Studies*, Band 62, Nr. 2, S. 381-397.
- Mouffe, Chantal 2005: "The ›End of Politics‹ and the Challenge of Right-wing Populism", in: *Populism and the Mirror of Democracy*. Hg. Francisco Panizza, London (Verso), S. 50-71.
- Mudde, Cas, 2004: "The Populist Zeitgeist", in: *Government and Opposition*, Band 39, Nr. 4, S. 541-563.
- Nölke, Andreas, 2018: *Linkspopulär. Vorwärts handeln, statt rückwärts denken*, Frankfurt am Main (Westend Verlag).
- Priester, Karin, 2012: *Rechter und linker Populismus. Annäherungen an ein Chamäleon*, Frankfurt am Main und New York (Campus).
- Reckwitz, Andreas, 2016: „Zwischen Hyperkultur und Kulturesentialismus. Die Spätmoderne im Widerstreit zweier Kulturalisierungsregimes“, in: *soziopolis.de* – <http://soziopolis.de/beobachten/kultur/artikel/zwischen-hyperkultur-und->



- kulturessenzialismus/ (30.11.2016).
- Sternberger, Dolf, 1985: „Die neue Politie. Vorschläge zur Revision der Lehre vom Verfassungsstaat“, in: Ders.: *Verfassungspatriotismus*, Schriften Band 10, Frankfurt am Main (Suhrkamp), S. 156-231.
- Winters, Jeffrey A., 2011: “Democracy and Oligarchy”, in: *The American Interest*, Band 7, Nr. 2, S. 18-27.
- Woller, Hans, 1984: „Die Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung“, in: Stöss, Richard (Hg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Band II: FDP bis WAV, Opladen (Westdeutscher Verlag), S. 2458-2481.